

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Ein Solidaritäts-Euro für die Kulturförderung

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Städtischen Bühnen Stuttgart, allen Kulturorten, die Eintritt verlangen und städtisch gefördert sind, dem Kunstmuseum und den Staatstheatern Stuttgart ein Modell zur Einführung eines sogenannten „Solidaritäts-Euro“ pro verkauftem Ticket zu prüfen.

Die Prüfung soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Modellgestaltung und technische Umsetzung

- Möglichkeiten der automatisierten Erhebung eines Zuschlags in Höhe von 1,00 € pro verkauftem Ticket.
- Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen (u. a. Preisgestaltung, Zustimmungspflichten, Umsatzsteuerrelevanz, Verwaltungsaufwand).
- Prüfung, ob der Solidaritäts-Euro als fester Bestandteil des Ticketpreises oder als freiwilliger Zuschlag ausgewiesen werden kann.

2. Ertragsprognose und Mittelverwendung

- Berechnung der möglichen jährlichen Einnahmen auf Grundlage der aktuellen Besucherzahlen der Staatstheater Stuttgart (Oper, Schauspiel, Ballett) und der städtischen Schauspielbühnen und Kulturinstitutionen die städtisch gefördert werden und Eintritt nehmen.
- Darstellung, wie diese Mittel zweckgebunden der städtischen Kulturförderkasse zufließen könnten.
- Entwicklung eines transparenten Verteilungsmodells zugunsten der freien Kunst- und Kulturszene Stuttgart (z. B. Förderung von Projekten, Räumen oder Strukturen).

3. Kommunikations- und Akzeptanzstrategie

- Konzept zur Kommunikation gegenüber Besucher*innen und Öffentlichkeit (z. B. Solidaritätsbeitrag für die Vielfalt der Stuttgarter Kulturlandschaft).
- Einschätzung der Akzeptanz durch Publikum, Verwaltung, Bühnenleitung und Politik.

- Beispiele oder Best-Practice-Modelle anderer Städte (z. B. Solidaritätsfonds, Kulturförderabgaben).

Das Ergebnis der Prüfung ist im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026/2027 vorzulegen.

Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr. *)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung